

QUARTALSKOMMENTAR

SEPTEMBER 2016



FRANKFURT PERFORMANCE
MANAGEMENT AG

AKTUELLER KOMMENTAR

VON MARTIN WIRTH



*Gründer und Vorstand
Martin Wirth*

Der Beginn des dritten Quartals war wieder einmal gekennzeichnet durch eine erneut aufkommende Weltuntergangsstimmung, verursacht diesmal durch die Brexitentscheidung. Davon konnten sich die Märkte jedoch schneller als erwartet erholen. Dabei wurden, im Wesentlichen bedingt durch die Zinspolitik der EZB, neue Höchststände im Anleihemarkt verzeichnet. Davon profitierten teilweise auch die Aktienmärkte. Allerdings litten auch ganze Marktsegmente unter dieser Entwicklung. Im Großen und Ganzen bleibt der Aktienmarkt hinter der Gewinnentwicklung der Unternehmen zurück. Indessen ist weiter eine Zweiteilung festzustellen. Gewinner sind die Unternehmen mit einer überdurchschnittlichen Profitabilität, einer guten Visibilität, seit ein paar Monaten auch Zykliker, die über ein erstklassiges Geschäftsmodell verfügen oder eine überraschend positive Gewinnentwicklung aufweisen. Zurück bleiben die Aktien von Unternehmen mit einem durchschnittlichen Geschäftsmodell und einem maximal soliden, aber nicht positiv überraschenden Gewinntrend, Unternehmen mit hohen Pensionsrückstellungen, die durch die niedrigen Zinsen weiter aufgebläht werden, sowie generell Finanzdienstleister, die durchweg als Zinsverlierer wahrgenommen werden. Eines spielt weiter keine besondere Rolle: Die Bewertung der Unternehmen.

Realwirtschaftlich hat sich die Entwicklung der letzten Quartale und Jahre fortgesetzt: Geringes Wachstum, aber ohne große Risikobereitschaft, dementsprechend vermutlich mit geringeren Risiken behaftet, entgegen der immer wieder

aufflammenden Nervosität bezüglich der Konjunktur-entwicklung. Eines aber könnte sich geändert haben: Die Inflationsraten dürften ihren Tiefststand gesehen haben. Ob und wann dies ausreicht, um die EZB von ihrem geldpolitischen Gewaltakt abzubringen, wird man sehen. In den USA sind wir bereits weiter: Trotz der immer noch preisdämpfenden Effekte des Rohstoffpreisverfalls bewegen sich die Inflationsraten allmählich auf die Zielgrößen der Notenbank zu. Insofern dürfte es aus heutiger Sicht nur eine Frage der Zeit sein, bis sich die Fed bewegt. In Europa ist die Lage noch eine andere. Ob die EZB bis zu dem Tag, an dem die Inflationsrate die 2 %-Marke erreicht, die Zinsen auf dem gegenwärtigen (negativen) Niveau belassen wird, ist schwer zu sagen. Allein: Ein Streichen der negativen Zinsen dürfte mit Blick auf die massiven Bewertungsdivergenzen in den Märkten bereits ein Game-Changer sein.

Aufgrund der Erfahrung einer zähen Erholung der Wirtschaft seit Ausbruch der Finanzkrise haben sich die Märkte aus unserer Sicht in eine Sicherheitsblase hinein entwickelt. Für alle vermeintlich sicheren Investments werden Prämien gezahlt, für unterdurchschnittlich sichere Investments im Vergleich zur Vergangenheit deutliche Abschläge akzeptiert. Die Tendenz zu den ganz sicheren Investments wurde zuletzt verstärkt durch den Zusammenbruch der Rohstoffmärkte und der ehemals vermeintlich ebenfalls sicheren Wachstumsregionen der Emerging Markets. Hinzu kommt, dass diese Trends durch eine Politik, die sich weltweit auseinanderdividiert, noch verstärkt werden. Dies betrifft in erster Linie Russland, aber

AKTUELLER KOMMENTAR

VON MARTIN WIRTH

auch Lateinamerika und dort vor allem Brasilien, in beiden Märkten vermutlich in einem erheblichen Ausmaß bedingt durch die Entwicklung der Rohstoffmärkte, mit deren Gewinnen zuvor die Gunst der Bevölkerung gekauft werden konnte. Aber bekanntermaßen ist auch in der EU nichts mehr so schön wie früher, als alle Probleme weitgehend durch eine höhere Staatsverschuldung gelöst werden konnten.

Die EZB-Politik – und ihre Folgen

Da nun die EZB meint, den Staaten mit dem stärksten Anpassungsdruck Zeit für Reformen kaufen zu müssen, sind die Unsicherheiten an den Finanzmärkten ebenfalls weiter gestiegen, was nur auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint. Der sinkende Reformdruck dank fallender Zinsen und sicherer Finanzierung der Staatsdefizite durch die EZB wurde umgehend genutzt, um zumindest in Teilen der Problemregionen in den alten Trott zurückzufallen, ohne dass die grundlegenden Aufgaben gelöst worden wären. Das betrifft nicht nur die immer noch zu hohe Staatsverschuldung, sondern auch die Effizienz der Verwaltung, des Arbeitsmarktes oder der Justiz. Stattdessen werden teilweise Reformen der letzten Jahre wieder zurückgedreht. Das entgeht natürlich den Finanzmärkten nicht und trägt damit weiter zu den Unsicherheiten bei. So ist Portugal nur einen kleinen Schritt davon entfernt, aus dem Ankaufprogramm der EZB herauszufallen. Per se ist dies eigentlich nicht allzu relevant, allerdings dürfte damit wieder die Nachhaltigkeit des Euros in Frage gestellt werden. Als Anekdote am Rande: So meinte das belgische Direktoriumsmitglied der EZB, Benoit Coeure, dass die EZB keine Bankanleihen aufkaufen wird, um den Reformdruck bei den Banken nicht zu vermindern. Nun werden Banken von der Aufsicht sowieso zu Anpassungen gezwungen, und können diesen auch nicht ausweichen. Anders die Staaten: Hier kann von außen wenig durchgesetzt werden, falls ein Staat nicht wie Griechenland unmittelbar am Tropf hängt. Komischerweise ist der EZB nicht eingefallen, dass sich aufgrund ihrer Politik der Reformdruck bei den Staaten in die gleiche Richtung entwickelt wie bei den Banken vermutet. Aber vielleicht ist die Feststellung eines sinkenden Reformdrucks dank der

Eingriffe der EZB ein erster Lernerfolg. Und somit gilt weiter: EZB hilft, somit keine Reformen nötig, daher kein Aufschwung, daher wachsende Sorgen hinsichtlich der Solvenz der Problemstaaten. Da kann die EZB Anleihen kaufen wie sie will.

Was die EZB offensichtlich verursacht, ist etwas ganz anderes als das, was sie angestrebt hat. Die ursprüngliche Idee dürfte gewesen sein, Investoren und Sparer aus sicheren Anlagen hinaus zu drängen und in riskantere Investments, steigende Investitionen in die Realwirtschaft sowie einen steigenden Konsum zu bewegen. Theoretisch die richtige Maßnahme. Allerdings hat dies nicht funktioniert, da sich ein paar Annahmen nicht eingestellt haben. Zum einen ist durch die negativen Zinsen die Unsicherheit über den Zustand der Wirtschaft sowie die Zukunftsaussichten allgemein in breiten Teilen der Bevölkerung gestiegen. Seit Ludwig Erhard wissen wir, dass 50 % der Wirtschaft Psychologie sind. Dass die restlichen 50 % mit einem Zins von Null statt 1 % angetrieben werden kann und die psychologische Komponente damit übertrumpfen könnte darf bezweifelt werden: Wenn sich ein Investment bei einem Zinssatz von 1 % nicht rechnet, wird es vermutlich auch ganz ohne Zinsen nicht viel taugen. Weiterhin leiden die Banken unter den tiefen Zinsen: Anders als die EZB, die den Banken für ihre definitionsgemäß supersicheren Anlagen negative Zinsen in Rechnung stellt, können Banken diese Belastung kaum an ihre Kunden weitergeben, solange es noch Bargeld gibt (was nach Wunsch einiger ganz Schläuer auch noch abgeschafft werden soll, wodurch sich mit Sicherheit ebenfalls eine ganz eigene Dynamik in Sachen Vertrauen ins Wirtschaftssystem entfalten dürfte). Damit sind die Banken, die eigentlich der Transmissionsmechanismus sein sollen, in ihrer Ertragskraft geschwächt statt gestärkt. Ein weiterer Punkt, der aus Aktiensicht erwähnenswert ist, ist die Ausweitung der Pensionslasten der Unternehmen: Je tiefer die Zinsen, desto größer die Defizite. Da gleichzeitig die Zinsen auf die ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen sinken, ist der Effekt bei weitem nicht so dramatisch wie er auf den ersten Blick aussieht. Allerdings hat er im laufenden Jahr erhebliche Auswirkungen auf die Kursentwicklung vieler Aktien gehabt, was ebenfalls kein Vertrauen schafft. Der

AKTUELLER KOMMENTAR

VON MARTIN WIRTH

einziges „Erfolg“, den die EZB bisher hatte, ist die Abwertung des Euro gegen andere Währungen. Dies wiederum hat zu rekordhohen Leistungsbilanzüberschüssen in der EU geführt, was nichts anderes bedeutet, als dass der Rest der Welt auf Kosten der Eurozone lebt und die Konsumenten hier die Zeche für die erfolgreichen Exporteure zahlen müssen. Und da nicht alle Länder strukturbedingt gleichmäßig die neuen Exportchancen nutzen können, hat in erster Linie Deutschland davon profitiert. Sieht nicht aus wie ein Volltreffer.

Wie die ökonomischen Oberklempler von EU, IWF usw. denken, kann man auch an den Forderungen sehen, die hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands einzudämmen. Diese liegen zur Zeit bei über 250 Mrd. €. Wer soll denn die hierfür notwendigen Maßnahmen bestimmen? Und umsetzen? Wenn diese Überschüsse bestehen heißt dies nur, dass 80 Mio. Leute nichts ausreichend Interessantes und Preiswertes im Ausland entdecken können, was sie kaufen oder konsumieren möchten. Der Leistungsbilanzüberschuss könnte in absehbarer Zeit nur durch eine Maßnahme in einem erheblichen Umfang reduziert werden: Eine massive Aufwertung der deutschen Währung, sprich: Dem Austritt aus dem Euro. Aber das dürfte, wenn es denn irgendwann einmal passieren sollte, noch dauern. Und mit Verwerfungen versehen sein, die wir hier lieber nicht thematisieren wollen.

Die EZB-Politik – und ihre Dauerhaftigkeit

Alles in allem: Die Liquidität, die die Notenbank gewährt, ist weitgehend nutzlos. Sie befeuert die Dinge dort, wo sie wie im deutschen Immobilienmarkt sowieso gut gelaufen wären, verteilt um von den Soliden zu den Verschuldeten und hält die Staaten von Reformen ab. In Anbetracht dieser Aspekte ist es kaum vorstellbar, dass diese Politik sich über Jahre manifestieren könnte. Allerdings kann es sich mittlerweile kaum noch jemand vorstellen, dass die Zinsen wieder dauerhaft in den positiven Bereich klettern könnten. Beruhigend sollte aber sein, dass sich die Marktteilnehmer vor 12 bis 18 Monaten auch nicht ausmalen konnten, dass die Zinsen in den negativen Bereich fallen könnten. Das funktionierte auch nur dank der EZB. Und hatte auch

Auswirkungen auf die Zinsen in anderen Weltregionen, erkennbar daran, dass sich einige relevante Notenbanken von ihren europäischen Staatsanleihen trennten und bspw. US-amerikanische T-Bonds kauften, was sich natürlich ebenfalls auf die dortigen Zinsen ausgewirkt haben dürfte.

In Summe erwarten wir, dass die EZB in den nächsten Quartalen beginnt, die offensichtlich nutzlosen bis schädlichen Maßnahmen einzustellen und ihre Politik wieder an der Realität und deren Erfordernissen auszurichten. Und diese Realität sieht nicht so schlecht aus wie oft behauptet: Die Konjunktur bewegt sich auf einem niedrigen Wachstumspfad, aber eben nicht befeuert durch neue Schuldenexzesse. Die Möglichkeit besteht, dass durch wachsendes Vertrauen auch die Investitionen wieder zulegen könnten, was dann auch zu steigenden Wachstumsraten führen würde. Der einzige Grund, warum gelegentlich das Ende des Aufschwungs erwartet wird, ist der, dass die tiefe Rezession bereits wieder seit sieben Jahren beendet ist. Allerdings sterben Aufschwünge nicht an Altersschwäche, sondern an Fehlallokationen von Kapital. Aus heutiger Sicht ist da wenig zu erkennen, wo diese Exzesse stattgefunden haben sollen, möglicherweise mit der nicht ganz irrelevanten Ausnahme von China.

Die Inflationsraten steigen von einem tiefen Niveau. Die Arbeitslosigkeit steigt dagegen nicht mehr, ganz im Gegenteil: die Arbeitsmärkte sind in einigen relevanten Staaten wie den USA oder Deutschland eher knapp. Mit den nicht mehr fallenden Rohstoffpreisen wird sich eine Quelle der sinkenden Inflationsraten bald neutralisieren oder sogar ins Gegenteil verkehren. Die Kernraten der Inflation dürften zwar vorerst wenig steigen, was nicht gegen nachhaltig steigende Inflationsraten spricht: Was mit der Betrachtung der Kernraten nicht beachtet wird, ist die Tatsache, dass es sich bei dem Preisverfall der Rohstoffe um Bewegungen von historischen Ausmaßen handelte, die sich auch mit Zweit- und Drittrundeneffekten in der Inflationsrate bemerkbar gemacht haben und die innerhalb der Kernrate einen nachlaufenden Effekt entfalten. Insofern könnten die nächsten 18 bis 24 Monate einen deutlichen Anstieg der Preise im Vergleich zu den heutigen Erwartungen mit sich bringen. Und damit einen erheblichen

AKTUELLER KOMMENTAR

VON MARTIN WIRTH

Gegenwind für die Erwartungen einer dauerhaften Fortsetzung der EZB-Politik darstellen.

Chancen aus der Bewertungsperspektive

Warum diskutieren wir dies in epischer Breite? Weil der Zinstrend nicht nur für die Liquidität und die Bewertung des Aktienmarktes den Anker darstellt, sondern auch die Wasserscheide innerhalb des Aktienmarktes repräsentiert. Große Teile des Marktes sind gepreist auf einem Zinsniveau, das über eine lange Zeit auf dem heutigen Niveau liegen müsste, und zwar im Positiven wie im Negativen. Die Bewertungsdiskrepanzen sind bemerkenswert und weit hinausgehend über das, was durch die unterschiedliche Qualität der Geschäftsmodelle gerechtfertigt wäre. Hinzu kommt eine generelle Besorgnis, die durch die EZB eher befeuert statt eingegrenzt wird, die nicht nur in der Realwirtschaft zu bemerken ist, sondern sich auch im Aktienmarkt niederschlägt. Diese Besorgnis prägt auch die Wahrnehmung der Dinge, die oft genug zu unlogischen Schlüssen führt, da die Fakten an die Meinung angepasst werden.

So werden Branchen, die zu den Lieblingen der Märkte gehören, regelmäßig auf Basis ihrer Gewinnerwartungen bewertet, gerne auch mal drei bis vier Jahre in die Zukunft, bei selbstverständlich stark steigenden Überschüssen. Oft werden Wachstumsraten unterstellt, die in Relation zu anderen Branchen nicht nachvollziehbar sind: So soll die Gesundheitsbranche wachsen (unbestritten), die Reisebranche nicht (erstmal seit Jahrzehnten). In der Nahrungsmittelindustrie werden die Rohstoffpreise steigen, in anderen Branchen nicht. Im Konsumgeschäft wachsen die Emerging Markets, in der Autoindustrie nicht. Und Branchen, die nicht die aktuellen Lieblinge sind, werden im Zweifel selbstverständlich auf Basis gedrückter Gewinne bewertet.

Die erheblichen Bewertungsdiskrepanzen bieten somit absolute und relative Chancen, insbesondere eben auch bei Geschäftsmodellen mit zugegebenermaßen überdurchschnittlichen operativen Risiken. Diese sind aus unserer Sicht jedoch weitgehend bekannt und eingepreist. Eine positive Entwicklung der Unternehmen ist dies dagegen nicht,

genauso wenig wie eine Entlastung durch steigende Zinsen. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Monate, zeigt sich ein allmähliches Auslaufen der Outperformance der Lieblinge der letzten Jahre. Zyklischer haben die Rolle der Outperformer übernommen, vorneweg die Unternehmen mit einer überdurchschnittlichen Qualität. Die größte Chance jedoch sehen wir aufgrund der niedrigen Bewertung weiter in den in den letzten Jahren vernachlässigten Durchschnittsaktien.

Noch einige Bemerkungen zur Deutschen Bank

Hier vermischt sich das oben Beschriebene aufs allerbeste (bzw. -schlechteste): Operativ und aus Regulierungssicht unter Druck, Geschäftsmodell muss angepasst werden, Altlasten bei Rechtsstreitigkeiten, unglückliche Kommunikation (bspw. zur Qualität der IT oder der Berücksichtigung von Basel 4 in den Capital Ratios), EZB-Politik und dann als finaler Auslöser die Androhung rekordhoher Strafzahlungen aus den USA, die interessanterweise genau zu einem schwierigen Zeitpunkt – anders als in ähnlichen Fällen – ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Wie auch immer: Das ist alles unschön. Aber: eine Bank geht nicht daran unter, dass sie ein zu geringes regulatorisches Eigenkapital hat, sondern an schlechten Aktiva. Die Solvenz fast einer jeden Bank kann man von außen angesichts der geschäftsbedingt niedrigen bilanziellen Eigenkapitalquote zwar immer anzweifeln. Man sollte aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die leistungsgestörten Kredite im Fall der Deutschen Bank am untersten Rand des Marktüblichen liegen. Dank der Notenbankpolitik sowie einer sehr hohen Liquidität ist ein Run auf die Deutsche Bank ziemlich unwahrscheinlich, da er kaum „erfolgreich“ sein dürfte. Und schließlich wäre es der Gipfel der Dummheit, wenn ein Staat einen Run, den er auf jeden Fall aufgrund der damit verbundenen Kosten vermeiden will, durch sein Handeln in Form extremer Strafzahlungen erst hervorruft.

Insofern bleibt als einziger Grund für die Panik eine in naher Zukunft erforderliche Kapitalerhöhung, die eine massive Verwässerung nach sich zöge. Nun hat die Deutsche Bank diesbezüglich einen bescheidenen Ruf:

AKTUELLER KOMMENTAR

VON MARTIN WIRTH

Trotz vorheriger Dementis kam es in den letzten Jahren zu mehreren Kapitalerhöhungen. Allerdings, und da kann der tiefe Kurs auch schützend wirken: Auf diesem Level könnte die Bank kaum etwas gewinnen und ihre Situation nicht grundlegend verbessern. Insofern dürfte sie, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie die geltenden regulatorischen Vorgaben heute einhält, darauf verzichten. Gezwungen werden könnte sie nur durch exorbitante Strafen. Sind diese ausgeschlossen? Natürlich nicht. Allerdings sind sie auch nicht wahrscheinlich, ausgehend von den bestehenden Präzedenzfällen. Und eben für die Staaten ziemlich sinnlos.

Das Kernproblem der Bank ist die niedrige Ertragskraft und die fehlende Eigenkapitalbildung aus einbehaltenen Gewinnen, verursacht in erster Linie durch die von den Altlasten bedingten Strafzahlungen und die Abwicklung der nicht mehr zum Kerngeschäft gehörenden Bereiche. Beide Belastungen dürften sich nach 2016 deutlich reduzieren und die eigentliche Gewinnstärke durchschimmern lassen, was auch die Kapitalknappheit eindämmen würde. Insofern ist ein Investment in Deutsche Bank Aktien alles andere als ein Himmelfahrtskommando, auch wenn es die letzten Jahre mehr als enttäuschend verlief. Bei einer Stabilisierung der Ertragslage der Bank ist die Chance über die nächsten Jahre erheblich. Größtes Risiko bleibt weiterhin die Gefahr von massiven Strafen sowie eine bis ins Jahr 2015 nicht gesehene, aber denkbare nachhaltige Beeinträchtigung des operativen Geschäftes. Wir nähern uns der Klärung dieser Fragen.

Ihr Martin Wirth

Disclaimer: Die in diesem Quartalskommentar enthaltenen Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung von FPM Frankfurt Performance Management AG wieder, die ohne vorherige Ankündigung geändert werden können. Soweit in diesem Dokument enthaltene Daten von Dritten stammen, übernimmt die FPM AG für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit dieser Daten keine Gewähr, auch wenn die FPM AG nur solche Daten verwendet, die sie als zuverlässig erachtet. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen und Angaben stellen keine persönliche Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten im Sinne des WpHG dar.